

# Klimawandel und Nachhaltige Grundsicherung

*Maike Böcker, Gitte Cullmann, Karin Schürmann*

Eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist die Gestaltung einer „Großen Transformation“, die unsere Wirtschafts- und Lebensweise in eine ressourcenschonende Richtung lenkt und dabei mit sozialer Integration einhergeht. Wie diese „Große Transformation“ erreicht werden kann, wurde noch nicht in Gänze entwickelt. Es ist daher an der Zeit, neue und innovative Richtungen zu durchdenken und anzugehen. Das Projekt „Nachhaltige Grundsicherung“, das als Konsequenz aus der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hervorging und aus dem heraus dieser Band entstanden ist, verstehen wir als solchen Ansatz, die Diskussion zu öffnen. Die Notwendigkeit der Zusammenführung der Debatte über soziale Integration bzw. soziale Teilhabe und Schutz der natürlichen Ressourcen wird in diesem Beitrag, der sich mit den Implikationen einer Nachhaltigen Grundsicherung für den Klimawandel beschäftigt, besonderes deutlich. In dem vorliegenden Text fragen wir uns: *Auf welche klimarelevanten Aspekte verweist eine Nachhaltige Grundsicherung?* Um die Möglichkeiten einer Nachhaltigen Grundsicherung hinsichtlich der Anpassung an die Folgen des Klimawandels bzw. die Vermeidung weiterer Erwärmung auszuloten, werden wir zunächst zeigen, welche verschiedenen Auswirkungen der Klimawandel heute und in Zukunft in den verschiedenen regionalen und kulturellen Kontexten mit sich bringt. Wir wollen damit den Rahmen und die Dringlichkeit unserer Überlegungen deutlich machen. Daran anschließend werden wir uns vor dem Hintergrund dieser Szenarien der Frage nach den potenziellen Wirkmöglichkeiten einer Nachhaltigen Grundsicherung hinsichtlich des Klimawandels zuwenden.

## Multiple Krisen in einer komplexen Welt

Die Jahre 2010 und 2011 waren Jahre der Katastrophen: Neben dem Erdbeben in Haiti und der Katastrophe um die Bohrplattform Deepwater Horizon machten vor allem die Extremwetterereignisse der Sommermonate Schlagzeilen: Russland erlebte den heißesten Sommer

seit 130 Jahren und litt unter zahlreichen Wald- und Torfbränden. Zeitgleich kämpften die Menschen in Pakistan und China mit den schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten. Und obwohl das Ende des Jahres 2010 in Europa durch einen Extremwinter geprägt war, steht mittlerweile fest, dass das Jahr 2010 weltweit das wärmste und niederschlagsreichste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen ist (Rahmstorf 2011). Der Trend dieser vermehrt auftretenden Extremwetterereignisse setzte sich auch im Jahr 2011 fort: Die Welt wurde unter anderem Zeuge der schrecklichen Dürre und damit verbundenen Hungersnot in Ostafrika sowie der sintflutartigen Überschwemmungen in Australien und Thailand.

Waren diese Naturphänomene Einzelfälle oder zeigte sich hier bereits der Klimawandel? Das lässt sich bis heute nicht zweifelsfrei sagen. Aber Fakt ist: Wenn der globalen Erwärmung nicht Einhalt geboten wird, erwarten Klimaforscherinnen und -forscher eine weitere Zunahme und Häufung von extremen Wetterereignissen wie denen, deren Zeuge wir 2010 und 2011 werden mussten (IPCC 2011).

Die Zeit, in der noch gehandelt werden kann und unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem abgewendet werden können, wird immer knapper. Dennoch konnte sich die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Klimakonferenz im südafrikanischen Durban im Dezember 2011 lediglich darauf einigen, bis 2015 ein verbindliches Klimaabkommen zu erarbeiten, welches wiederum erst im Jahre 2020 in Kraft treten soll.

Warum fällt die internationale Zusammenarbeit in der Klimafrage so schwer? Vielleicht auch, weil die Klimakrise nur eine Krise unter vielen ist: 2007 platzte die amerikanische Immobilienblase und verursachte die Finanzkrise, die nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers im Herbst 2008 die internationale Wirtschaftskrise auslöste. Weltweit wurden zig Milliarden Euro für Konjunkturprogramme und Bankenrettungen ausgegeben, womit die gegenwärtige Wirtschaftsweise aufrechterhalten und folglich auch die Existenz eines nicht nachhaltigen Wirtschaftssystems gesichert wurde.

Hier zeigt sich auch das Dilemma multipler Krisen, denn was bei der Antwort auf eine Krise hilft, kann die Lösung einer anderen Krise konterkarieren. Durch die „Bewältigung“ der Finanzkrise und die damit verbundene Fortführung eines Ressourcen verbrauchenden und Treibhausgas emittierenden Systems verschärft sich nun unweigerlich die Klimakrise.

Im Brundtland-Bericht von 1987 wurde eine Entwicklung als nachhaltig bzw. dauerhaft definiert, „die den Bedürfnissen der heutigen

Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Hauff 1987: XV). Was heute weltweit geschieht, hat mit Nachhaltigkeit jedoch nichts zu tun. Nach wie vor werden nicht-regenerative Ressourcen in einem schwindelerregenden Tempo ausgebeutet. Obwohl anzunehmen ist, dass Peak Oil schon hinter uns liegt (Energy Watch Group 2008), steigt die Nachfrage nach Kohle und Öl weiter an, nicht zuletzt durch den rasanten Aufstieg der Schwellenländer China und Indien. Aber auch die nachwachsenden Ressourcen des Planeten werden in einer Art ausgebeutet, die keine Chance auf Erholung bietet. Ozeane werden beispielsweise nahezu leer gefischt; und obwohl allen Beteiligten bewusst ist, dass durch die Überfischung langfristig auch die Fischereizunft aussterben wird, überwiegt die kurzfristige Profitsicherung.

Der globalisierte Konsum der Menschen in den Industrienationen verschärft die Problematik der Vernutzung der Natur weiter. Hinter jedem produzierten Gut steht eine vielfach größere Gesamtmenge an Ressourcen, die zu seiner Herstellung verwendet wurde. Diese Ressourcen werden größtenteils jenseits der Grenzen des Landes abgebaut und verarbeitet, in dem der jeweilige Konsument das entsprechende Gut erwirbt (Jäger 2007: 126 ff.) – und das zum Teil mit verheerenden Auswirkungen. Denn in vielen Ländern, in denen die Rohstoffe für unsere Industriegüter gewonnen werden, gibt es keine schützenden Richtlinien für die Umwelt. Während sich die Natur vor der eigenen Haustür von den Umweltsünden der Vergangenheit langsam erholt und beispielsweise im Rhein wieder Fische beheimatet sind, leiden Mensch und Natur in vielen Entwicklungsländern unter den Folgen des Ressourcenbedarfs der Industriestaaten. Was durch die Globalisierung verlagert wurde, ist folglich auch die „Vernutzung der Natur“.

Die Tatsache, dass mittlerweile mehr als sieben Milliarden Menschen die Erde bevölkern, ist eine weitere Facette der multiplen Krisen. Die Zahl derjenigen, die ständig Hunger leiden, liegt bei mehr als 900 Millionen (Food and Agriculture Organization of the United Nations 2010). Mehr als eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut und haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Während den Ärmsten weniger als ein Dollar am Tag zur Verfügung steht, müssen weitere zwei Milliarden mit einem bis zwei Dollar pro Tag überleben (Münz/Reiterer 2007: 293). Und auch in vielen Industriestaaten geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander.

Die Gründe dafür, dass die Menschen in vielen Regionen der Erde unter extrem prekären Bedingungen leben müssen, sind vielfältig und

reichen von korrupten Politikerinnen und Politikern über kriegerische Auseinandersetzungen bis zu Ernteaussfällen und Naturkatastrophen, um nur einige zu nennen. Hinzu kommt aber auch der Ressourcenbedarf der Industriestaaten.

Aus dem bisher Erläuterten geht hervor, dass ein „Weiter-so-wie-bisher“ nicht möglich ist. Es ist höchste Zeit für einen Ausstieg aus dem nicht-nachhaltigen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsmodell, dem die Industriestaaten so stark verhaftet sind und dem die sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer entgegenstreben, denn das westliche Modell kann, wie aus den Ausführungen deutlich geworden sein sollte, kein globales Erfolgsrezept werden.

Bereits jetzt übersteigt der weltweite Ressourcenverbrauch die Kapazitäten der Erde. Wir vernutzen nicht nur Ressourcen in anderen Ländern – neben unserem eigenen –, sondern entnehmen der Erde auch mehr als das, was uns im Hinblick auf die intergenerationelle Nachhaltigkeit zur Verfügung steht. Verschärft wird diese ohnehin schon schwierige Situation durch das Voranschreiten des anthropogenen Klimawandels. Mit einem fortschreitenden Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur werden die Menschen an vielen Orten der Welt vor gänzlich neue Herausforderungen gestellt. Es ist daher dringend erforderlich, über Mittel nachzudenken, die in einer komplexen Welt eine Antwort auf diese komplexen Probleme bieten.

## Die Folgen des Klimawandels: soziale Ungleichheiten, Vulnerabilitäten und Resilienzen

Ausgangspunkt für die folgenden Ausführungen sind die Prognosen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2007). Dem IPCC (2007: 45 ff.) zufolge wird sich die globale Jahresdurchschnittstemperatur der Erde im Laufe des 21. Jahrhunderts in einem Bereich zwischen 2°C und 5°C erhöhen. Eine krasse Prognose, sind doch die Folgen der globalen Erwärmung schon gegenwärtig zu beobachten. Hierzu zählt die fortschreitende Wüstenbildung, das vermehrte Auftreten von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Stürmen und Starkregen ebenso wie die Verschiebung von Regenwaldzonen, das Abschmelzen der Pole und das Ansteigen des Meeresspiegels. Bereits bei einer Erwärmung um mehr als 2°C befürchtet der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), dass die Auswirkungen dieser Erwärmung „die Menschheit vor beispiellose Herausforderungen stellen“ würden (WBGU 2009: 3).

Die Folgen des Klimawandels sind allerdings – gegenwärtig wie zukünftig – ungleich verteilt: Die voraussichtlich am stärksten betroffenen Gesellschaften haben den Wandel nur in geringer Weise selbst verursacht und verfügen darüber hinaus über schwächere Bewältigungskapazitäten. Die Gesellschaften, die durch starke Emissionen von Treibhausgasen seit der Industrialisierung den Klimawandel maßgeblich verursacht und verursachen, werden demgegenüber weniger unter den Folgen des Klimawandels leiden. In einigen Gebieten werden sie sogar von den veränderten klimatischen Bedingungen profitieren und verfügen zudem über größere Kapazitäten, mit den Problemen umzugehen. Die Länder der Sahelzone zum Beispiel, wo die Bevölkerung ohnehin vielfach unter Armut, Hunger und Gewaltkonflikten leidet, werden von umweltbezogenen negativen Veränderungen sehr viel stärker getroffen als die Länder Nordamerikas und Nordeuropas. Denn die Menschen in diesen Ländern verfügen über einen relativ hohen Lebensstandard, eine gute Ernährung und einen Katastrophenschutz (Welzer 2008: 56).

Die sozialen Folgen des Klimawandels werden in diesen hier exemplarisch betrachteten Gesellschaften sehr verschiedene sein. Ursächlich hierfür sind aber eben nicht nur die ungleich verteilten ökologischen Konsequenzen der Erwärmung, sondern auch die unterschiedlich ausgeprägten Widerstandsfähigkeiten (Resilienzen) und Verwundbarkeiten (Vulnerabilitäten) gegenüber den umweltbezogenen Problemen (vgl. Bohle / Glade 2008: 99 ff.).

Der Klimawandel wird, da sind sich die Fachgremien einig, zu einer drastischen Verschärfung von existierenden Verwundbarkeiten führen. Dies betrifft insbesondere die Ernährungslage und die Versorgung mit Trinkwasser (IPCC 2007: 11 f., 48 ff.; WBGU 2007: 2 f.).

Afrika wird wegen seines hohen politischen Krisenpotenzials, der fragilen ökonomischen Entwicklung und der großen Bevölkerungszunahme als gegenüber den Folgen des Klimawandels besonders verwundbar eingestuft. Der IPCC (2007: 13, 50) nimmt an, dass in vielen afrikanischen Ländern schon im Jahre 2020 eine noch größere Wasserknappheit herrschen wird, als es gegenwärtig der Fall ist. Die landwirtschaftlich bewirtschaftbaren Flächen werden sich infolge fortschreitender Wüstenbildung ebenso verringern wie die landwirtschaftliche Produktivität, was die ohnehin schon desolate Ernährungslage vieler Menschen weiter verschlechtert. Wie diesen Veränderungen begegnet werden kann, ist gegenwärtig unabsehbar.

Auch in Lateinamerika werden zunehmend trockenes Klima als Folge des Klimawandels, gravierende Wasserprobleme und eine

eingeschränkte landwirtschaftliche Produktivität erwartet. Vorhandene Anpassungsbemühungen werden durch den Mangel an Informationssystemen, ungünstigen institutionellen und technologischen Bedingungen und einer starken Besiedlung verwundbarer Gebiete beeinträchtigt (IPCC 2007: 14, 50).

Teile der Länder Australiens und Neuseelands müssen neben einem Rückgang der Artenvielfalt mit einer prekären Wasserversorgungslage durch Verringerung des Niederschlags und erhöhter Verdunstung rechnen. Die landwirtschaftliche Produktion und die Erträge der Forstwirtschaft werden durch Dürren und vermehrtes Auftreten von Bränden infolge der globalen Erwärmung zurückgehen. Dennoch weist diese Region etwa im Vergleich zu Afrika oder Asien eine geringere soziale Verwundbarkeit auf. Sie verfügt aufgrund von technischen Mitteln, wissenschaftlicher Ausstattung und ökonomischer Entwicklung über größere Anpassungsmöglichkeiten, etwa durch ein ausgebauten Gesundheitssystem und höhere Einkommen (IPCC 2007: 13 f., 50).

In Europa wird der Klimawandel die schon existierenden naturräumlichen Unterschiede weiter vergrößern: Die Bewohnerinnen und Bewohner der Mittelmeerregion müssen mit stärkerer Trockenheit und Hitze, einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und geringerem Sommertourismus rechnen. In den nordeuropäischen Ländern hingegen hoffen die Menschen auf positive Effekte hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktivität. Doch auch in Nordeuropa werden sich die negativen Folgen der globalen Erwärmung auswirken: Es werden vermehrt Überschwemmungen auftreten, das Ökosystem wird zunehmend instabil, das Artensterben wird rasch zunehmen und landwirtschaftliche Flächen und Küstenregionen werden erodieren (IPCC 2007: 14, 50).

Neben den Problemen infolge von Extremwetterereignissen werden die sozialen Folgen in Europa und Nordamerika insbesondere indirekter Art sein. In vielen Ländern des Südens wird durch Dürren und Wasserknappheit in Kombination mit Landnutzungskonflikten, instabilen Institutionen und Armut die klimabedingte nationale und internationale Migration voraussichtlich stark zunehmen. Es ist denkbar, dass die Auswirkungen des Klimawandels zu einem Anwachsen von Konflikten durch (Ressourcen-)Verteilungskonflikte, Umweltmigration und zur Zunahme fragiler Staaten führen können. Infolgedessen drohen gewaltförmige Konflikte zuzunehmen (WBGU 2007: 3–7). Schon jetzt kann eine Verschärfung von Konflikten im Zusammenhang mit einer sich verknappenden Ressourcenlage in fragilen Staaten beobachtet werden. Der Konflikt in Darfur, der von Welzer (2008: 94–99) als

erster „Klimakrieg“ bezeichnet wird, ist ein aktuelles Beispiel für eine kriegerische Auseinandersetzung, in welcher der Zugang zu Ressourcen eine gravierende Rolle spielt. In Darfur lässt sich die zunehmende Wüstenbildung und damit die Einengung des land- und viehwirtschaftlichen Raumes explizit als starker Konfliktfaktor nachvollziehen (Böcker 2009: 50–57). Zwar wird in der wissenschaftlichen Literatur (etwa bei Antweiler 2003, Bräunlein und Lauser 1995 oder Helbling 2006) darauf verwiesen, dass in einem Konflikt die Gewaltanwendung und damit auch Krieg immer nur eine Austragungsform neben anderen (etwa Meidung, Verhandlung, Abwanderung) darstellt. Doch sind die zu erwartenden ökologischen Einschränkungen infolge des Klimawandels so extrem, dass diese auch Auswirkungen auf die unter „normalen“ Bedingungen angewandten Lösungsstrategien haben könnten. Wenn es schlicht kein Land gibt, in welches ausgewichen werden kann, ergeben sich neue Probleme, die laut WBGU-Prognosen zur Destabilisierung ganzer Regionen führen können.

Mit der zunehmenden internationalen Migration steigt der Druck auf die Grenzen der wohlhabenden Gebiete, was zu einer veränderten Sicht auf die Sicherheitslage beitragen könnte (Welzer 2008: 59). Welche Konzepte könnten hier denkbar werden? Diese Situation bildet eine Herausforderung für die politischen Systeme, aber auch für den gesellschaftlichen Alltag: Wird z. B. der steigende Flüchtlingsstrom aus Afrika und die Unterbringung von Flüchtlingen in italienischen Camps „normal“? Welche Auswirkungen werden die klimainduzierten Migrationsbewegungen auf die in Europa propagierte Forderung der Gleichheit aller Menschen haben? Wie wird damit umgegangen werden, dass die CO<sub>2</sub>-emittierenden Industrieländer und Wachstumsstaaten die Lebensbedingungen in anderen Ländern einschränken?

Bisher haben wir insbesondere die länderspezifischen naturräumlichen und sozialen Folgen des Klimawandels betrachtet. Deutlich zeigt sich, dass die sich im Klimawandel herausbildenden Verlierer- und Gewinnergruppen Gerechtigkeitslücken zwischen Norden und Süden größer werden lassen. Aber nicht nur in regionaler bzw. länderspezifischer Sicht ergeben sich durch die ungleich verteilten Folgen des Klimawandels und die unterschiedlich ausgeprägten Widerstandsfähigkeiten fortschreitende Ungleichheiten. Auch innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens ist eine gegenseitige Verstärkung von sozialer und klima- bzw. naturbedingter Ungleichheit vorstellbar. Denkbar ist, dass sich auch hier im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels die unterschiedlich ausgeprägten Vulnerabilitäten gesellschaftlicher Gruppen verschärfen.

In Ländern des Südens werden die Eliten aufgrund ihrer finanziellen und technischen Möglichkeiten sicherlich weniger unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben als diejenigen, die in hoch vulnerablen Gebieten, etwa in Flusstälern, leben und aufgrund ihrer prekären Lage weniger Anpassungsmöglichkeiten besitzen.

Doch müssen wir nicht bloß in die Ferne schauen. Wie werden sich die Folgen des Klimawandels in Deutschland verteilen? Wird der gut situierte Akademiker im grünen Göttingen mit denselben Problemen und Auswirkungen konfrontiert sein wie die Zeitarbeiterin mit Migrationshintergrund, die zwischen Emscherschnellweg und Eisenbahnlinien in Bottrop-Ebel lebt? Welche innergesellschaftlichen Konfliktlinien werden sich an der „Schnittstelle Klima“ bilden? Diese Fragen stellen sich selbstverständlich nicht nur für Deutschland.

Einige der aufgeführten Problemfelder sind nicht neu und nicht alle sind ausschließlich dem Klimawandel zuzuschreiben. Wir konnten jedoch zeigen, dass sich infolge der regional unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels die Vulnerabilität derjenigen Gesellschaften und Gesellschaftsgruppen extrem erhöht, die ohnehin schon mit schlechteren Lebensbedingungen zu kämpfen haben und etwa unter Armut und ungleichem Zugang zu Ressourcen leiden. Außerdem konnten wir darauf hinweisen, dass die bereits gegenwärtig verschieden ausgeprägten gesellschaftlichen Verwundbarkeiten in und zwischen den unterschiedlichen Ländern im Zusammenhang mit den umweltbezogenen Folgen des Klimawandels weiterhin ungleich belastet werden.

Um die Widerstandskräfte der Gesellschaften nachhaltig zu stärken, ist es neben den technischen und politischen Maßnahmen, wie Klimaschutzmaßnahmen und ökonomischen Steuerungsmaßnahmen, notwendig, auch auf der kulturellen und sozialen Ebene einen Umgang mit den umweltbedingten Problemen zu finden. Wie lassen sich die Fähigkeiten der Menschen stärken, mit Naturgefahren umzugehen, sich den Bedrohungen anzupassen und auf Unvorhergesehenes zu reagieren? Wie lassen sich kreative Lösungen unterstützen, um auch nach dem Katastrophenfall schnell wieder zurechtzukommen? Kann Nachhaltige Grundsicherung hier ein Teil der Antwort sein?

Sowohl in den Industriegesellschaften als auch in den sogenannten Entwicklungsländern wird es zu einem veränderten Alltag kommen (müssen). Die einen müssen Emissionen verringern, die anderen gar nicht erst aufkommen lassen: Die gemeinsame Aufgabe (wenn auch zu ungleichen Bedingungen) liegt in der Verhinderung weiterer globaler Erwärmung. Hier wie dort werden die Gesellschaften lernen müssen, mit Katastrophen umzugehen.

Der Klimawandel eröffnet, so seltsam dies klingen mag, auch eine große Chance – eine einmalige Gelegenheit, neue Wege zu gehen und den Wandel als Verbesserung der eigenen Situation zu verstehen (vgl. Leggewie/Welzer 2009: 174 ff.). Es eröffnet sich also auch die unverhoffte Chance, alte Konzepte abzulegen und die Zukunft global zu gestalten. Menschen können in diesen Zeiten lernen, ihr Leben im Austausch mit anderen zu führen, denn mit dem Klimawandel wird infolge der globalen Risiken das entfernte Andere zum inneren Anderen (vgl. Beck 2008).

## Nachhaltige Grundsicherung und Klimawandel?<sup>1</sup>

Anhand der ausgeführten Punkte wird deutlich: Ein „Weiter-so-wie-bisher“ ist mit den Folgen der globalen Erwärmung nicht möglich. Der Problematik des Klimawandels muss auf unterschiedlichen Ebenen begegnet werden. Einerseits ist die Etablierung verschiedener Maßnahmen zur Eindämmung von Emissionen nötig. Hierzu gehören die Konzentration auf erneuerbare Energiesysteme und Energieeffizienz, Ökosteuern und die Einrichtung eines Emissionszertifikatehandels. Ebenfalls erforderlich sind politische Maßnahmen wie die internationalen Klimaverhandlungen. Nur so können den Staaten konkrete Reduktionsziele vorgegeben werden. Diese Maßnahmen allein werden aber nicht reichen.

Die Erhöhung der sozialen Verwundbarkeit in den Ländern, die in hohem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und weiterhin betroffen sein werden, erfordert auch ein Umdenken und eine Abkehr von den bisherigen Wirtschaftsstrukturen und Verhaltensweisen, die auf Ressourcenverschwendung und Zuspitzung der sozialen Ungleichheiten ausgelegt sind. Das gilt sowohl in den westlichen Industrienationen als auch in den sogenannten Entwicklungsländern. Für beide gilt: Klimawandel bedeutet Kulturwandel (Welzer/Soeffner/Giesecke 2010).

Doch was bedeutet dies nun im Hinblick auf eine Nachhaltige Grundsicherung? Kann Nachhaltige Grundsicherung die Anpassung (Adaption) an den Klimawandel erhöhen?

Unter der Annahme, dass im Zuge des Klimawandels die Anzahl der Naturkatastrophen zunehmen wird, lässt sich für die Industrieländer

1 An dieser Stelle möchten wir uns ganz herzlich bei Tilman Santarius bedanken. Herr Santarius hat einen schriftlichen Kommentar zu unserem am 4. Dezember 2010 in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt gehaltenen Vortrag „Nachhaltige Grundsicherung als Antwort auf den Klimawandel“ verfasst, der uns für die Ausarbeitung der folgenden Gedanken viele wichtige Hinweise geliefert hat.

allgemein formulieren: Prävention als eine Form der Adaption an die Folgen des Klimawandels bedeutet hier insbesondere hohe Investitionen in technologische Maßnahmen und Infrastruktur wie etwa Deich- und Dammbau, Gebäudeschutz, Wassersysteme, politische Maßnahmen wie etwa verlässliche Evakuierungspläne im Katastrophenschutz. Da es sich hierbei weniger um individuelle Maßnahmen handelt, stellt sich die Frage, wie ein Grundeinkommen hier adaptiv wirken kann. Die Steigerung der Anpassung an die Folgen des Klimawandels durch Grundsicherung scheint uns deshalb nur eingeschränkt plausibel, etwa in extrem vulnerablen Gebieten der Industrieländer wie z. B. in Flussnähe. Dort könnte durch individuelle Absicherung im Zuge der Grundsicherung eine individuelle Vorsorge möglich werden. Eine Hochwasserversicherung könnte abgeschlossen oder durch finanzielle Absicherung der Wegzug aus gefährdetem Gebiet ermöglicht werden. Auch bei sozialen Effekten des Klimawandels wäre es denkbar, dass eine Grundsicherung einen Beitrag leistet. Der problematischen Verteuerung der Lebenserhaltungskosten vor allem für Geringverdienerinnen und Geringverdiener durch eine Verknappung der Ressourcen könnte mit einer Grundsicherung entgegengewirkt werden. Die uns bekannten Probleme (also die Notwendigkeit von flankierenden Maßnahmen), die neben den hier genannten Vorteilen eine wichtige Rolle spielen, werden am Ende dieses Abschnitts diskutiert.

In den sogenannten Entwicklungsländern scheint eine Sicherung auf individueller Ebene hinsichtlich der Steigerung der Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels allerdings bedeutsamer. Gerade die Ärmsten werden mit den größten Anpassungsproblemen zu kämpfen haben. In diesem Sinne müssen Armutsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel zusammen betrachtet werden. Die Entwicklungsstrategien der ärmsten Länder müssen folglich umgedacht werden, was sie vor immense Herausforderungen stellt: Neben den ohnehin existierenden Problemen wie Armut, Hunger, fehlende Infrastruktur und Gewaltkonflikte werden sie zusätzlich damit konfrontiert sein, ihr Wirtschaftswachstum von Emissionen zu entkoppeln. Auch hier werden technologische und politische Maßnahmen vordringlich sein. Eine Nachhaltige Grundsicherung, die sowohl auf den Erhalt der natürlichen Ressourcen als auch auf die individuelle Existenzsicherung zielt, kann in den Entwicklungsländern zusätzlich dazu beitragen, die Abhängigkeiten von den gewohnten Wirtschaftsstrukturen zu verringern und die Folgen des Klimawandels damit abzufedern. Die Menschen müssten sich zum Beispiel nicht in Hochrisikoräumen wie Flusstälern oder Slums ansiedeln, die besonders unter den Folgen der

Erwärmung zu leiden haben. Sie könnten durch die soziale und finanzielle Sicherung an den von ihnen gewählten Lebensorten, etwa auch auf dem Land, weiter auskommen und dort bleiben. Hier könnte also eine Anpassung an den Klimawandel mit einer Nachhaltigen Grundsicherung erreicht werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob nicht andere Maßnahmen, etwa die Investition in technische Weiterbildung, hier vielversprechender sein würden: Sind es doch vor allem (technologische) Wissensbestände und Befähigungen, die die Menschen brauchen, um sich den Folgen des Klimawandels anzupassen.

Geht man davon aus, dass sich durch die Folgen des Klimawandels der Verteilungskonflikt und die damit wachsende soziale Ungleichheit weiterhin verschärfen werden, dann könnte ein kleiner Beitrag der Nachhaltigen Grundsicherung sein, diesen Anstieg einzudämmen und eine größere gesellschaftliche Flexibilität zu fördern. Damit würde eine Nachhaltige Grundsicherung die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsmitglieder steigern.

Und wie sieht es mit der Vermeidung weiterer Erwärmung aus? Birgt eine Nachhaltige Grundsicherung Möglichkeiten der Mitigation?

Es erscheint uns plausibel, dass eine Nachhaltige Grundsicherung den Menschen zu mehr Gestaltungsfreiheit, Unabhängigkeit und zu mehr Sicherheit verhilft. Dabei gilt es jedoch zwischen den verschiedenen Länder- und Gesellschaftsgruppen und deren Möglichkeiten zu unterscheiden, da die einzelnen Länder, aber auch die einzelnen Gesellschaftsgruppen innerhalb dieser Länder in höchst unterschiedlichem Maße von den Folgen des globalen Klimawandels betroffen sind und sein werden. Doch wie würden die Menschen diese Sicherheiten und Handlungsspielräume nutzen?

Um dem Klimawandel ernsthaft zu begegnen, ist eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesellschaft unumgänglich. Wir begreifen diese notwendige Transformation auch als Chance, die den Verzicht auf schlechte Lebensbedingungen beinhaltet. Denn vor allem für die Industrieländer gilt, dass der globalen Erwärmung neben den unüberschaubaren Folgen ebenfalls eine Chance innewohnt, die den Raum für eine gesellschaftliche Transformation eröffnet. In diesem Raum können neue Lebensbedingungen und -stile geschaffen werden, die den Verzichtsgedanken umwandeln und die Neuerungen als Gewinn beschreiben (Leggewie/Welzer 2009). Im Zentrum dieser neuen Kultur der Teilhabe stehen Bürgerinnen und Bürger, die zum Beispiel den Verzicht auf Lärmbelästigung und gesundheitliche Beeinträchtigungen durch viel befahrene Straßen als Gewinn erkennen. Dazu müssen sie jedoch auch die nötigen Bedingungen vorfinden: Die

Nachhaltige Grundsicherung könnte diese Bedingungen schaffen bzw. begünstigen, wenn sie von flankierenden Maßnahmen begleitet würde. Es bleibt jedoch die Frage, ob diese Maßnahmen nicht auch ohne eine Grundsicherung möglich wären.

Betrachtet man die Folgen des Klimawandels im Zusammenhang mit dem Konzept der Nachhaltigen Grundsicherung, dann ist denkbar, dass eine Nachhaltige Grundsicherung dazu beitragen kann, die gesellschaftliche Gestaltungsmacht von Menschen zu vergrößern. Gestaltungsmacht bedeutet, dass die Menschen ihre Interessen selbst bestimmen, eigene Interessen verfolgen und sich in einem Raum für Veränderungen engagieren können. Frei gewordene Zeit könnte in immaterielle Güter wie ehrenamtliches Engagement, Freunde und Sport investiert und dadurch im besten Falle eine CO<sub>2</sub>-Reduktion erreicht werden. Doch ist dies keinesfalls ausgemacht. Die Menschen könnten durch das neu verfügbare Einkommen auch einfach mehr konsumieren und so letztlich eine noch stärkere Emissionssteigerung erreichen, als es gegenwärtig der Fall ist. Vielleicht ist dies sogar wahrscheinlicher, gibt es doch heute schon viele Menschen, die Handlungsspielräume haben, sie aber nicht nutzen. Scheinbar ist es nicht so, dass weniger Existenznöte und mehr Zeit für Bildung sich letztlich in faktisch nachhaltigerem Verhalten niederschlagen müssen. Andersherum könnte man sogar sagen, dass gegenwärtig diejenigen, die über viel Geld verfügen, einen größeren ökologischen Fußabdruck aufweisen (obschon einigen das gar nicht ins Selbstbild passt) als diejenigen, die geringe Einkommen erzielen (Umweltbundesamt 2009: 50). Diese Ausführungen bedeuten nun aber nicht, dass man im Sinne des Klimaschutzes den Geringverdienerinnen und Geringverdienern die soziale Teilhabe verwehren sollte. Sie verweisen lediglich darauf, dass insgesamt ein Wachstumsverzicht nötig ist, den es dann auf die unterschiedlichen Gruppen einer Gesellschaft gerecht zu verteilen gilt.

Eine Nachhaltige Grundsicherung muss daher, um ihrem Grundsatz der ökologischen Nachhaltigkeit zu entsprechen und klimarelevant zu sein, von flankierenden Maßnahmen begleitet werden. Nur so lassen sich Rebound-Effekte vermeiden. Diese Maßnahmen sind unumgänglich, damit die Grundsicherung nicht nur auf der sozialen Ebene nachhaltig wirkt, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt. Die Bereitstellung eines funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs wäre etwa ein Beispiel dafür, nachhaltigen Verkehr überhaupt erst zu ermöglichen. Weitere flankierende Maßnahmen einer Nachhaltigen Grundsicherung müssten neben dem Bereich der Mobilität auch bei der Ernährung und beim Wohnen angesiedelt sein,

also in all den Bereichen, die den individuellen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck beeinflussen und maßgeblich bestimmen.

Aber auch andere Ansätze bei der Konzeption einer Nachhaltigen Grundsicherung wären denkbar: Neben flankierenden Maßnahmen wie der Erhebung von Steuern auf CO<sub>2</sub>-reiche Produkte oder dem Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur wären auch Konzeptionen über individuelle Nutzungsrechte oder markt- und währungs-basierte Konditionierungen denkbar.

Deutlich wird, wenn man Nachhaltige Grundsicherung und Klimawandel zusammen betrachtet, dass es bei einer *nachhaltigen* Grundsicherung um eine individuelle soziale Grundsicherung gehen muss, die mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, also auch der Vermeidung weiterer Erwärmung, verbunden sein muss. Auch in einer solchen Konzeption kann sie jedoch kein zentrales Mittel sein, um dem globalen Klimawandel zu begegnen.

## Fazit

Zum Abschluss möchten wir unsere eingangs gestellte Frage wieder aufnehmen: Inwiefern kann Nachhaltige Grundsicherung für die Anpassung an den Klimawandel und dessen Herausforderungen eine Rolle spielen? Kann Nachhaltige Grundsicherung ein Mittel sein, welches dazu beiträgt, globale Erwärmung zu verhindern?

1. Zum einen konnten wir herausstellen, dass Nachhaltige Grundsicherung den Anstieg der Ungleichheiten, also eine Folge des Klimawandels, abmildern könnte. Insofern kann sie eine Möglichkeit der Anpassung an den globalen Klimawandel darstellen. Insbesondere in vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen könnte ein Modell der Nachhaltigen Grundsicherung dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels partiell abzufedern und Verteilungskonflikte zu entschärfen. Wir wollen jedoch darauf verweisen, dass es weiterer und weitergehender Maßnahmen bedarf (etwa technologischer Transfers), um sich an die Folgen des Klimawandels anpassen zu können.

2. Zum anderen haben wir darauf hingewiesen, dass Nachhaltige Grundsicherung eine Kultur der Teilhabe begünstigen und für viele Menschen überhaupt erst die Möglichkeit eröffnen könnte, sich, da sie nun abgesichert sind, der Klimafrage zuzuwenden. Die Menschen könnten sich mit einer Nachhaltigen Grundsicherung auch in ihrer Alltagspraxis umorientieren und somit ihr Verhalten verändern. Mit einer Nachhaltigen Grundsicherung, die mit Maßnahmen wie dem

Ausbau des Nahverkehrs flankiert ist, wären die Bedingungen dafür gegeben. Dies unterstellt jedoch erstens ein höchst organisiertes Individuum und zweitens, dass die frei werdenden individuellen Ressourcen CO<sub>2</sub>-sparend eingesetzt würden – was sicher bei einigen, aber längst nicht allen Menschen der Fall sein dürfte.

Aus Teilhabe folgt also nicht automatisch eine CO<sub>2</sub>-Reduktion – wir haben darauf hingewiesen, dass die Menschen ihre soziale und ökonomische Sicherheit auch darauf verwenden, nicht-nachhaltige Lebensstile weiterzuführen bzw. auszubauen. Es bestehen in diesem Modell durch die begleitenden Maßnahmen aber immerhin günstigere Bedingungen für eine Transformation als im gegenwärtigen Modell. Nachhaltige Grundsicherung bietet also, obwohl sie nicht unbedingt Veränderung fest schreibt, die Möglichkeit, durch angekoppelte Maßnahmen, wie die Bereitstellung eines für die Nutzerinnen und Nutzer kostengünstigen öffentlichen Nahverkehrs oder einer Konzeption über individuelle Nutzungsrechte, einen Raum für Gestaltung zu öffnen, und könnte damit die gesellschaftliche Anpassung an den Klimawandel begünstigen. Diese Maßnahmen hängen jedoch nicht unmittelbar mit der Grundsicherung zusammen und könnten somit auch unabhängig davon eingeführt werden. Eine allgemeine Aussage über die Möglichkeit einer Mitigation durch eine Nachhaltige Grundsicherung zu treffen, ist also sehr schwierig und hängt von vielen Variablen in der Konzeption ab. Ob eine nachhaltig konzipierte Grundsicherung nachhaltiges Verhalten generieren kann, bleibt zumindest fraglich. Jedoch wird deutlich, dass eine Grundsicherung durch weitergehende Maßnahmen auf jeden Fall ökologisch nachhaltig ausgerichtet sein muss, um nicht kontraproduktiv zu wirken.

Insgesamt kann die Konzeption einer Nachhaltigen Grundsicherung *ein* Element auf dem Weg in eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft sein, obschon der Schwerpunkt auf der sozialen Teilhabe und Existenzsicherung liegt. Implikationen für den Klimawandel lassen sich nur vage und von vielen weiteren Faktoren (flankierenden Maßnahmen oder Konditionierungen) abhängig formulieren. Zudem muss bedacht werden, dass die bisher benachteiligten Regionen und Bevölkerungsgruppen diejenigen sind, die den geringsten Anteil an CO<sub>2</sub> emittieren. Es muss also im Sinne einer „nachholenden Entwicklung“ unbedingt darauf geachtet werden, dass sie durch die Konzeption einer Nachhaltigen Grundsicherung nicht wieder ins „Hintertreffen“ geraten.

Dennoch: Wir denken, dass das Formulieren neuer Wege zur Eindämmung der globalen Erwärmung und von Anpassungsstrategien

an deren Folgen damit verbunden sein muss, neue Zusammenhänge zu erschließen, ungewohnte Pfade zu gehen und sich mit bislang utopischen Ideen auseinanderzusetzen. Die gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen erweisen sich hinsichtlich des Klimawandels als Problem und rufen nach Veränderung. Ob die Herausforderung gesellschaftlicher Transformation angenommen wird, scheint jedoch fraglich. Allerdings entsteht durch den Prozess infolge der globalen Erwärmung der Erdatmosphäre ein Handlungsdruck, der einen gesellschaftlichen Raum für ein Umdenken eröffnet sowie Wege aufzeigt, die bislang noch kaum Beachtung gefunden haben. Auch wenn wir aufgrund des Zeit- und Handlungsdrucks im Angesicht der Klimakrise noch weiterreichendere Maßnahmen diskutieren müssen, sehen wir die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Nachhaltigen Grundsicherung und deren Umsetzung als Pfad, der zu der eingangs erwähnten Großen Transformation beitragen kann.

## Literatur

- Antweiler, Christoph (2003): Anthropologie gewaltsamer Konflikte. Konfliktmotoren und Gewaltmotive. In: *Entwicklungsethnologie* 12 (1+2), S. 26–73.
- Beck, Ulrich (2008): Ungleichheit ohne Grenzen – Wer absteigt und wer aufsteigt im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel. In: *Zeit Online*; <http://www.zeit.de/2008/42/Ungleichheit>.
- Böcker, Maike (2009): Darfur: Zur Genese eines Konfliktes im Westen der Republik Sudan. Berlin: LIT.
- Bohle, Hans-Georg/Glade, Thomas (2008): Vulnerabilitätskonzepte in Sozial- und Naturwissenschaften. In: Felgentreff, Carsten/Glade, Thomas (Hrsg.): *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*, S. 99–119. Berlin/Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Bräunlein, Peter J./Lauser, Andrea (1995): Auf dem Weg zu einer Ethnologie des Krieges und des Friedens: Hindernisse, Annäherungen. In: Bräunlein, Peter J./Lauser, Andrea (Hrsg.): *Krieg und Frieden. Ethnologische Perspektiven*. Sonderband, kea 2: I–XXII.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland / Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Energy Watch Group (2008): *Zukunft der weltweiten Erdölversorgung*; [http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/2014/02/2008-05-21\\_EWG\\_Erdoelstudie\\_D.pdf](http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/2014/02/2008-05-21_EWG_Erdoelstudie_D.pdf).

- Food and Agriculture Organization of the UN (2010): Global hunger declining, but still unacceptably high. International hunger targets difficult to reach; <http://www.fao.org/docrep/012/al390e/al390e00.pdf>.
- Görg, Christoph (2010): Vom Klimaschutz zur Anpassung: gesellschaftliche Naturverhältnisse im Klimawandel. In: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 347–362.
- Hauff, Volker (1987): Vorwort. In: Hauff, Volker (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung; XI–XVII. Greven: Eggenkamp Verlag.
- Helbling, Jürg (2006): Tribale Kriege. Konflikte in Gesellschaften ohne Zentralgewalt. Frankfurt am Main: Campus.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2007): Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press: Cambridge.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2011): Special Report on Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation. Summary for Policymakers. Cambridge University Press: Cambridge / New York; [http://www.ipcc.ch/pdf/special-reports/srex/SREX\\_FD\\_SPM\\_final.pdf](http://www.ipcc.ch/pdf/special-reports/srex/SREX_FD_SPM_final.pdf).
- Jäger, Jill (2007): Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit. Frankfurt am Main: Fischer.
- Leggewie, Claus (2010): Futur Zwei. Klimawandel als Gesellschaftswandel. APuZ 32-33/2010, S. 40–46.
- Leggewie, Claus / Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kennen. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main: Fischer.
- McClelland, David (1961): The Achieving Society. Van Nostrand: Princeton.
- Messner, Dirk (2010): Die altbekannten Engpässe und neuen Herausforderungen müssen zusammen gedacht werden. Berliner Debatte Initial 21: Klimapolitik in Lateinamerika, S. 13–27.
- Münz, Rainer / Reiterer, Albert F. (2007): Wie schnell wächst die Zahl der Menschen? Weltbevölkerung und weltweite Migration. Frankfurt am Main: Fischer.
- Rahmstorf, Stefan (2011): 2010 wärmstes und nassestes Jahr weltweit seit Beginn der Aufzeichnungen; <http://www.scilogs.de/klimalounge/2010-waermstes-und-nassestes-jahr-weltweit-seit-beginn-der-aufzeichnungen/>
- Stern, Nicholas Herbert (2007): The Economics of Climate Change. The Stern Review. Cambridge: Cambridge University Press.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2009): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der sozialen Milieus in Deutschland. Repräsentativumfrage zum Umweltbe-

- wusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2008; <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3871.pdf>.
- United Nations International Strategy for Disaster Reduction Secretary (2011): Killer year caps deadly decade – reducing disaster impact is „critical“ says top UN disaster official; <http://www.unisdr.org/news/v.php?id=17613>.
- Voss, Martin (2010): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt am Main: Fischer.
- Welzer, Harald / Soeffner, Hans-Georg / Giesecke, Dana (2010): KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel. Frankfurt am Main: Campus.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2009): Factsheet 2/2009: Klimawandel: Warum 2°C?; [http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs2009-fs2/wbgu\\_factsheet\\_2.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs2009-fs2/wbgu_factsheet_2.pdf).